

Kreistagssitzung 11. Dezember 2019

## **Rückzahlung der Kreisumlageerhöhung**

### **Beschluss:**

Die von den Gemeinden in den Jahren 2018 und 2019 zusätzlich erhobene Kreisumlage in Höhe von 0,91%-Punkten wird im Rahmen der mittelfristigen Finanzplanung ab 2020 in vier Jahresraten zurückgezahlt.

### **Begründung:**

Dieser Antrag führt zu einer gerechteren Verteilung finanzieller Mittel zwischen dem Kreis Schleswig-Flensburg und seinen Gemeinden. Die hier beantragte Rückzahlung der Kreisumlageerhöhung entlastet die finanzielle Situation der Gemeinden.

Das ist auch dringend nötig, wissen doch viele Gemeinden aufgrund ihrer finanziellen Situation nicht, wie sie die ihnen übertragenen Aufgaben und Anforderungen bezahlen können.

Durch die Erhöhung der Kreisumlage in den Jahren 2018 und 2019 wurde eine Schuldenverlagerung vom Kreis Schleswig-Flensburg auf seine Gemeinden vorgenommen. Das war eine Zwangsmaßnahme gegen die sich die Gemeinden nicht wirklich wehren konnten. Sie erfolgte nach dem Motto: schwarze Zahlen im Kreis – rote Zahlen in den Gemeinden.

Hintergrund war der freiwillig vom Kreis mit der Landesregierung abgeschlossene Konsolidierungsvertrag, mit dem der Kreis sich Leistungen einkaufte, von denen er beim Kauf wusste, dass er sie nicht allein würde bezahlen können. Leidtragende waren seine Gemeinden. Sie waren die Finanzierungsquelle des Kreises.

**Die Gemeinden haben damit über die erhöhte Kreisumlage erheblich zur Sanierung bzw. zum Schuldenabbau beim Kreis beigetragen.**

In der letzten Zeit hat sich die wirtschaftliche Situation derart zum Guten gewendet, dass der Landrat in der Beschlussvorlage (210/2018) beantragt hatte, in der Haushaltssatzung 2019 für die Jahre danach **eine "Ergebnisrücklage von mind. 20 Mio. €" festzuschreiben. Auf nur 2,0 Mio. Euro belaufen sich dagegen bis Ende 2019 die Einnahmen des Kreises durch die Kreisumlageerhöhung**, so die Schätzung der Kreisverwaltung in der Beschlussvorlage vom 07.11.2018.

Auf der einen Seite schreiben Gemeinden rote Zahlen und wissen nicht, wie sie die für ihre Bürger notwendigen Investitionen bezahlen können; auf der anderen Seite will der Kreis - wirtschaftlich unsinnig - Millionen an Euros zurückhalten, wo doch die Forderungen immer lauter werden, dass der Staat (Bund, Länder, Kreise, Städte, Gemeinden) heute mehr investieren soll. Die schwarze Null ist „out“.

Manfred. Küter  
Wallsbüll, 19.11.2019